

Offene Türen

Nachbarschaftspolitik: ein Europa mit flexiblen Parametern

François Talcy*

» Die Europäische Nachbarschaftspolitik (ENP) legt die Grundlagen für ein neues Europa, das damit in geopolitischer Hinsicht den gleichfalls an Russland grenzenden östlichen Ländern näher rückt, sich aber auch dem Mittelmeerraum, dem Schwarzen Meer und der Ostsee gegenüber öffnen möchte.

Die Europäische Nachbarschaftspolitik, das Produkt einer revidierten Ordnung nach dem Ende des Kalten Krieges, versteht sich nicht als Aneinanderreihung verschiedener Regionen, sondern in erster Linie als ein Inbegriff für die internationale Rolle, die die Europäische Union in Zukunft zu übernehmen gedenkt. Bereits 1981 und 1986, mithin geraume Zeit vor dem Fall der Berliner Mauer und dem Ende des Kommunismus, versuchte Brüssel mit der Entscheidung, die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) bis nach Griechenland, Portugal und Spanien auszudehnen, auch die demokratische Stabilität und die innere Sicherheit des Kontinents zu gewährleisten. Die gleiche Motivation sollte später den Beitritt mittel- und osteuropäischer Länder begleiten.

Kurz nach der Wiedervereinigung seines Landes 1990 wollte Bundeskanzler Helmut Kohl nach 40 Jahren Ost-West-Teilung nicht, dass die östlichen Grenzen des wiedervereinten Deutschlands mit denen der Europäischen Union identisch waren, hatte er es doch mit einem Osteuropa zu tun, das zwar von seinen Verpflichtungen im Rahmen des Warschauer Paktes befreit war, dessen demokratische Entwicklung jedoch noch ungewiss schien.

Seit dem 1994 in Essen abgehaltenen Europarat ist es der Europäischen Union auch ein Anliegen, eine Nachbarschaftspolitik zu praktizieren, die auf ein Gleichgewicht zwischen Osten und Süden bedacht ist. Im Zuge dessen haben sich ver-

schiedene Stimmen zu Wort gemeldet, so etwa eine Initiative aus Großbritannien, der zufolge ein Unterschied zwischen den direkten Nachbarstaaten und anderen, weiter entfernten wie Weißrussland, der Ukraine und Moldawien angebracht sei. Schweden seinerseits sollte vorschlagen, Russland und die Mittelmeeranrainerstaaten einzubeziehen. Die Welle dieser Vorschläge versandete 1995 mit der Einrichtung der „Euro-Mediterranen Partnerschaft“ (EMP), bei der die westlichen Balkanstaaten und Libyen fehlten; letzteres erhielt erst 1999 mit der Aufnahme Jordaniens einen Beobachterstatus (*siehe die Analyse von Thomas Siemes in dieser Ausgabe*). Der schwedische Vorschlag sollte, allerdings ohne Russland, wieder auf die Tagesordnung gelangen, als die Europäische Nachbarschaftspolitik (ENP) aus der Taufe gehoben wurde.

Unterschiedliche Definitionen

Die Definition für Nachbarschaft ist in den Ländern, die sich auf sie berufen, jeweils eine andere. In Finnland beispielsweise, das seit 1995 der Europäischen Gemeinschaft angehört, hat sich der durch Europa verlaufende Eiserne Vorhang geöffnet, dafür aber erhielt die finnische Grenze als Außengrenze der Union eine neue, supranationale Dimension.

Wie Ilkka Liikanen, Professor für Sozialforschung zu grenzüberschreitenden Fragen an der

* François Talcy ist freier Journalist. Übersetzung: Dr. Nicola Denis.

Universität von Joensuu (Finnland), in einem Beitrag für das finnische Kulturinstitut in Paris betont, „war die gute Nachbarschaft einer der prominentesten Slogans der politischen Vulgata der finnischen Außenpolitik“ während der Amtszeit von Staatspräsident Kekkonen (1956–1981). Auf dem Sektor der Beziehungen zur Sowjetunion bedeutete sie „eine rhetorische Figur, die dazu angetan war, die Außenwelt im Hinblick auf die Stabilität der nationalen Lage zu beruhigen, während aufgrund der Ermahnungen der Sowjetunion und des von ihr auf Finnland ausgeübten Drucks gleichzeitig das Ungleichgewicht dieser Beziehungen verschleiert wurde“. Ilkka Liikanen betont, die Bedingungen für die Nachbarschaftsbeziehungen während des Kalten Krieges seien in Wirklichkeit „unilateral diktiert“ worden. Mit dem Programm der Europäischen Kommission für eine neue Nachbarschaftspolitik haben diese Aspekte 2004 erneut in den politischen Diskurs Finnlands Eingang gefunden.

Die Geburtsstunde der ENP

Die Idee einer ENP stammt erst aus dem Jahr 2003. Javier Solana hatte damals eine Sicherheitsstrategie erarbeitet, die für die Einrichtung eines „Freundeskreises“, das heißt eines Gürtels aus verlässlich regierten Staaten vor den Toren Europas plädierte und im folgenden Jahr vom Europarat angenommen wurde. Im Dezember 2006 wurde diese Idee unter dem Namen „ENP Plus“ ausgebaut, um in den Bereichen Wirtschaft und Handel mehr zu bewirken: im Hinblick auf das Ausstellen von Visa, die Handhabung der Einwanderungsfrage, die politische und regionale Zusammenarbeit oder die finanzielle Unterstützung.

Anlässlich der Brüsseler Konferenz zur ENP im September 2007 erklärte Benita Ferrero-Waldner, Europakommissarin für Außenbeziehungen und Nachbarschaftspolitik, Brüssel wolle es vermeiden, „neue Bruchlinien zwischen seinem erweiterten Territorium und seinen Nachbarn zu ziehen“ und definierte die Zielsetzung der ENP als „eine wirtschaftlich integrierte Zone, in der die Güter, die Dienstleistungen und das Kapital frei verkehren und damit allen neue Möglichkeiten und Chancen bie-

ten“. Sie gestand jedoch ein, bei der Integration handle es sich um „keinen sehr glanzvollen Vorgang“, da dieser zahlreiche Reformen erfordere und vor allem Entscheidungen, die auf der nationalen Ebene gelegentlich schwer zu akzeptieren seien: „Die Unterstützung der wirtschaftlichen und politischen Entwicklung in den Grenzländern der Union stellt das beste Mittel dar, Frieden, Sicherheit sowie Wachstum und dauerhafte Stabilität für die gesamte Region zu gewährleisten.“

Gute Nachbarschaft

„Die Union entwickelt besondere Beziehungen zu den Ländern in ihrer Nachbarschaft, um einen Raum des Wohlstands und der guten Nachbarschaft zu schaffen, der auf den Werten der Union aufbaut und sich durch enge, friedliche Beziehungen auf der Grundlage der Zusammenarbeit auszeichnet.“

Für die Zwecke des Absatzes 1 kann die Union spezielle Übereinkünfte mit den betreffenden Ländern schließen. Diese Übereinkünfte können gegenseitige Rechte und Pflichten umfassen und die Möglichkeit zu gemeinsamem Vorgehen eröffnen. Zur Durchführung der Übereinkünfte finden regelmäßige Konsultationen statt.“

(Titel I, Artikel 8 des Vertrages von Lissabon, 2007).

Die ENP, ursprünglich im Kontext des Beitritts osteuropäischer Länder konzipiert und eng mit der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) verbunden, war aus einleuchtenden Gründen des geopolitischen Gleichgewichts gezwungen, ihre Reichweite Richtung Süden auszudehnen. Tatsächlich hatten die europäischen Regierungen drei Jahre zuvor, anlässlich des europäischen Gipfeltreffens in Marseille, eine Partnerschaft mit dem Süden als gescheitert ansehen müssen – eben genau wegen des Ungleichgewichts, das die Mittelmeeranrainerstaaten verspürten.

Malta, Zypern und die Türkei, die der Euro-Mediterranen Partnerschaft (EMP) angehörten, schlossen sich der ENP wegen ihres Status als

Beitrittskandidaten nicht an – die Logik gebietet, dass man nicht Nachbar und Familienmitglied in Personalunion sein kann. Mit dem EU-Beitritt weiterer Länder (darunter Malta und Zypern im Mai 2004) haben die europäischen Grenzen zu einer Neudefinition der ENP Anlass gegeben, die den Begriff der Nachbarschaft besser umreißt. Manche Länder ohne Wasser- oder Landesgrenzen mit EU-Staaten, oder solche, die wie Armenien, Aserbaidschan oder Georgien für einen Beitritt kandidieren, wurden 2004 im Rahmen der ENP aufgrund ihrer strategischen und energiepolitischen Bedeutung akzeptiert.

Kein Wartezimmer zur EU

In der Tat gründet sich die Partnerschaft im Wesentlichen auf die bilateralen Beziehungen aller betreffenden Länder mit einem Grenzland der Europäischen Union, beispielsweise im Rahmen von Bündnis- oder Kooperationsabkommen, die häufig seit vielen Jahren bestehen. Diese Aktionspläne sind nicht unilateral, sondern respektieren die Besonderheiten des jeweiligen Landes. Über das Konzept von Sicherheit und demokratischer Stabilität hinaus bildet also die Frage des EU-Beitritts den Hauptgegenstand der Diskussion. Man muss tatsächlich eine Unterscheidung treffen zwischen dem Willen zur Kooperation einerseits und den Bestrebungen im Hinblick auf einen Beitritt oder eine privilegierte Partnerschaft andererseits, die von den Balkanländern bis zur Türkei und von der Ukraine bis nach Georgien reichen. Die Teilnahme an der ENP schließt einen zukünftigen EU-Beitritt de facto aus. Die ENP ist nicht das Wartezimmer der Europäischen Union. Sie oszilliert, ohne sich auf eine der beiden Alternativen festzulegen, zwischen Erweiterungspolitik und Außenpolitik. Den betreffenden Ländern wird eine privilegierte Beziehung vorgeschlagen, zu der insbesondere die Möglichkeit zählt, sich dem Binnenmarkt der EU und seinen 500 Millionen Verbrauchern anzuschließen. Als Gegenleistung müssen die Länder der ENP Verpflichtungen im Hinblick auf Demokratie und Menschenrechte eingehen, und auf zahlreichen Ebenen Reformen durchführen.

Herausforderungen annehmen

Die Nachbarschaftspolitik erklärt sich vor allem aus der Tatsache, dass die Mitgliedstaaten der Europäischen Union zunehmend die Auswirkungen der starken Belastungen spüren, denen die moderne Gesellschaft mit der illegalen Einwanderung und der Umweltverschmutzung ausgesetzt ist. Durch ihre Erweiterung nähert sich die Gemeinschaft zudem bestimmten Krisengebieten: Der Kaukasus, Moldawien und der Nahe Osten, selbst Tschetschenien und die Westliche Sahara sind durchweg Instabilitätsfaktoren, die indirekt im Kontext der durch die Attentate vom 11. September 2001 motivierten Sicherheitsbestrebungen stehen. Damit gilt es, für Demokratie, Wirtschaft, Energie und Immigration vier Herausforderungen anzunehmen.

Die noch am Wahlabend im Mai 2007 im Elysée-Palast lauthals verkündete Absicht Sarkozys zur Gründung einer Mittelmeerunion (die nach einigen Spannungen mit Berlin zur „Union für das Mittelmeer“ wurde), hat es der deutschen Ratspräsidentschaft während des ersten Trimesters 2007 erlaubt, der Kluft zwischen dem (durch Deutschland und Polen favorisierten) Osten und dem (durch Frankreich, Spanien und Italien) bevorzugten Süden auf den Grund zu gehen. Die europäischen Vorstöße im Bereich der Nachbarschaftspolitik konnten neu definiert werden, indem nun auch die asiatischen Länder hinzutreten.

Unter dem Eindruck des Konfliktes in Georgien und den Krisen in der Ukraine, in Weißrussland, Aserbaidschan oder Armenien plant das Europa der 27, in Zukunft über eine partnerschaftlich orientierte europäische Ostpolitik zu einem Gleichgewicht östlich seiner Grenzen beizutragen. Die Tschechische Republik, bis Ende Juni für die Europäische Ratspräsidentschaft zuständig, hat diese Initiative in ihr Programm aufgenommen und entspricht damit den im Dezember 2003 eingeführten Maßnahmen zur Einführung einer europäischen Sicherheitsstrategie an den Grenzen der Union. Das Anliegen der ENP ist, die Rechtsnormen und zivilen Freiheiten für eine wirkliche wirtschaftliche und soziale Entwicklung umzusetzen – trotz der Heterogenität der europäischen Gesellschaften.

Kritische Stimmen

In einer ersten, im Dezember 2006 veröffentlichten Bilanz hatte die Europäische Kommission manche Schwächen herausgestellt, da die Länder nicht immer den Forderungen der ENP entsprachen, etwa bezüglich der Bewilligung von Visa oder des Reiseverhaltens ihrer Bürger in Richtung der EU-Länder.

Nach einer im September 2007 von *Eurobarometer* veröffentlichten Umfrage scheinen 54 % der Europäer an ihren Nachbarn wenig interessiert, es sei denn, es handelt sich darum, mit ihnen wegen einer Beschränkung der illegalen Einwanderung zu kooperieren. Der französische Senator Jacques Blanc, UMP-Vizepräsident der Senatskommission für Auswärtige Angelegenheiten, konstatiert in seinem, im Juli 2008 für die Europäische Kommission verfassten Bericht *„den starken Kontrast, der zwischen der Begeisterung der Kommission für ihre Nachbarschaftspolitik besteht, und der Skepsis, ja dem Misstrauen, auf das diese bei zahlreichen Partnerländern stößt“*. Seiner Meinung nach lehne die Mehrheit der Staaten bereits den Namen „Nachbarschaftspolitik“ mit der Begründung ab, der Bezeichnung „Nachbar“ hafteten negative, Unterlegenheit suggerierende Konnotationen an. Es stimmt, dass die Länder, an die sich die ENP wendet, sehr unterschiedlich sind; der einzige gemeinsamer Nenner, der eine Verbindung zwischen ihnen herstellen soll, ist eben ihr Status als – im weitesten Sinne – Nachbarn der EU.

Mithin gibt es zahlreiche Stimmen, die das Ungleichgewicht zwischen einer Gemeinschaft, die Entscheidungen fällt, und den folgsamen Partnern kritisiert. Die Partnerländer der ENP möchten nicht als „Vorstädte Europas“ betrachtet werden. Im Übrigen gefällt es nicht allen, dass der Osten und der Süden trotz grundlegender Unterschiede in ihrer Geschichte, ihrer geografischen Lage und den gegenseitigen Beziehungen über denselben Kamm geschoren werden. Marokko etwa liegt dem eigenen Empfinden nach näher an Europa als der Kaukasus. Die Ukraine wiederum kann die Präsenz der Mittelmeeranrainerstaaten nicht nachvollziehen, die nicht beabsichtigen, eines Tages der Union beizutreten, während sie selbst diesen Status einfordert.

Ein weiterer, regelmäßig vorgebrachter Vorwurf betrifft die Finanzierung der Projekte durch die Kommission. Das System ist derartig komplex, dass die finanzielle Hilfe nicht immer den konkreten Realitäten entspricht; darüber hinaus wirken die Forderungen Brüssels übertrieben, vor allem wenn sie mit den Bedingungen verglichen werden, die seinerzeit gegenüber den mittlerweile der Union angehörenden Ländern formuliert wurden.

Seit Januar 2007 sind die Programme TACIS (für den Osten und Russland), MEDA (für den Süden und den Mittelmeerraum) sowie weitere Programme zur finanziellen Unterstützung durch ein einziges Organ ersetzt worden: das Europäische Nachbarschafts- und Partnerschaftsinstrument (ENPI). Der neue Finanzierungsfonds verfügt für den Zeitraum von 2007 bis 2013 über 11,18 Milliarden Euro, was einem Aufschlag von 32 % entspricht. Die bewilligten Mittel werden von der Entwicklung der vereinbarten Reformen abhängen – frei nach der berühmten Methode von Zuckerbrot und Peitsche.

Die im Bericht von Jacques Blanc zitierten Zahlen sind aussagekräftig: Marokko etwa soll im Rahmen der ENP von 2007 bis 2013 jährlich 200 Millionen Euro bekommen, während Polen für denselben Zeitraum eine Summe von 10 Milliarden beanspruchen darf, Bulgarien und Rumänien erhalten gemeinsam etwa 33 Milliarden finanzielle Unterstützung. Die Union für das Mittelmeer, Nachfolgerin der im Rahmen des Barcelona-Prozesses 1995 gegründeten Euro-Mediterranean Partnerschaft (EMP), wird vielleicht einigen Erwartungen des Südens gerecht werden können. Man beachte auch den von Israel beanspruchten „Sonderstatus“: Es möchte zunächst auf den Gebieten der Technologie und des Handels die Kooperation stärken, sähe darüber hinaus aber gerne auch eine politische Partnerschaft, wie sie bisher noch keinem der ENP-Länder bewilligt worden ist.

Das Fazit lässt sich mit zwei Sätzen zusammenfassen: Für die Länder, die bereits einen Reformprozess in Gang gebracht haben, sind im Rahmen der ENP die meisten Fortschritte zu verzeichnen. Diejenigen, deren Reformprogramm inexistent oder wenig tragfähig war, haben umgekehrt im Rahmen der ENP kaum Fortschritte gemacht.

Die Nachbarschaftspolitik ist also weniger effizient, wenn das „Zuckerbrot“ eines möglichen Beitritts fehlt.

Östliche Partnerschaft

Im Mai 2008 haben Polen und Schweden im Europarat den Vorschlag einer „Östlichen Partnerschaft“ eingebracht, die innerhalb der ENP die Ukraine, Moldawien, Georgien, Armenien, Aserbaidschan und Weißrussland vereint. Im Gegensatz zu den südlichen Ländern können diese Staaten für den Beitritt zur Union kandidieren. Einen Monat später plante die sozialistische Fraktion des Europaparlaments in Straßburg unter der Ägide ihrer beiden stellvertretenden Vorsitzenden Jan Marinus Wiersma (Niederlande) und Hannes Swoboda (Österreich) in Paris die Gründung einer „Union für das Schwarze Meer“ mit unter anderem Russland und der Türkei. Es gibt jedoch bereits eine auf den Namen „Schwarzmeersynergie“ getaufte Initiative, die dem europäischen Anliegen, nicht nur mit Staaten, sondern auch mit Regionalorganisationen zu kooperieren, Ausdruck verleiht.

Die beiden Straßburger Abgeordneten führen an, dass zwei Mitglieder der Europäischen Union (Bulgarien und Rumänien) Anliegerstaaten des Schwarzen Meers seien, und dass Russland, welches sich als ein besonderer Partner der Union versteht, in den anderen Institutionen durch seine Abwesenheit glänze. Dies trägt allerdings der Tatsache keine Rechnung, dass Moskau Brüssel häufig seine Einmischung vorwirft, wenn Europa die Grenzländer auf die westlichen Werte festlegt und seinen Einfluss steigert, indem es bei regionalen Konflikten vor den Toren Russlands eingreift.

Die Staats- und Regierungschefs der 27 Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaft haben beim Europäischen Gipfeltreffen am 3. Dezember 2008 beschlossen, eine partnerschaftliche Politik mit dem Osten auszuarbeiten. Damit nimmt im Rahmen der ENP eine neue Ostpolitik Gestalt an. Von Anfang an war Deutschland der Ansicht, die ENP dürfe in Europa nicht das einzige partnerschaftliche Instrument bleiben. Berlin hat sich stets darauf verstanden, zwischen den „europäischen Nachbarn der Union“ und den „Nach-

barn Europas“ zu unterscheiden. Demnach blieben Russland und Zentralasien in diesem Prozess nicht außen vor.

Auch das besondere Verhältnis zu Russland ist mit den zwischen Berlin und Paris abweichenden Einschätzungen konfrontiert. In der besten Absicht hatten der französische Präsident Jacques Chirac und der deutsche Bundeskanzler Gerhard Schröder seinerzeit bei mehreren Ländern des Ostens ein Stirnrunzeln provoziert, als sie die Idee von einer Achse Paris–Berlin–Moskau aufbrachten. Warschau war gar nicht angetan, auch die baltischen Hauptstädte nicht, und Washington noch weniger. Möglicherweise steckte dahinter der Gedanke, an der Einstellung rütteln zu wollen, der zufolge Osteuropa in Frankreich häufig als Hinterhof Deutschlands angesehen wurde, ähnlich wie Deutschland den afrikanischen Kontinent oft als privates Jagdrevier der Franzosen betrachtet. Den 2003 berühmt gewordene Halbsatz des französischen Präsidenten, in dem er feststellt, die östlichen, in der Irak-Krise auf Seiten der Vereinigten Staaten stehenden Länder hätten „die Gelegenheit verpasst, den Mund zu halten“, hörten diese Staaten, die sich anschickten, ein paar Wochen später der Europäischen Union beizutreten, gar nicht gerne.

Der Ostseerat

Eine einzige europäische Organisation bezieht Russland bei regionalen Absprachen mit ein: Es handelt sich um den Ostseerat (*Council of the Baltic Sea States*, CBSS), der 1992 in Kopenhagen auf Betreiben des deutschen Außenministers Hans-Dietrich Genscher und seines dänischen Amtskollegen Uffe Ellemann-Jensen gegründet wurde. Dieser Rat zählt die Europäische Kommission zu seinen Mitgliedern, dazu sämtliche Länder, deren Wasserläufe in die Ostsee münden, aber auch Island und Norwegen, die bereits im Rahmen anderer überregionaler Organisationen Beziehungen zu Dänemark, Finnland und Schweden unterhalten. Einige Länder verfügen über einen Beobachterstatus, so etwa Frankreich, Großbritannien, Italien, die Ukraine, aber auch die USA.

In Finnland hat der EU-Beitritt dazu geführt, dass man zahlreiche Aspekte des europäischen Wertekatalogs hochhält, wobei jedoch erstaunlich wenig eine Weltsicht erschüttert wird, die sich traditionell auf ethnische Unterschiede gründet, auf die Furcht vor dem Fremden und auf zwischenstaatliche Interessenkonflikte.

Für Professor Liikanen von der Universität in Joensuu hat der Beitritt zur EU *„mehr dazu beigetragen, die Existenz der östlichen Grenze zu betonen, als neue politische Perspektiven und Möglichkeiten zur Kooperation auf nationaler Ebene aufzuzeigen. Die Programme für eine grenzüberschreitende Zusammenarbeit innerhalb der Europäischen Union sowie die Direktkontakte auf regionaler und lokaler Ebene haben indes ein neues Handlungsfeld eröffnet, dessen Existenz in der nationalen Diskussion bisweilen vergessen, ja geleugnet wird.“*

An den Außengrenzen der Europäischen Union wurden Euroregionen gegründet, größtenteils in der Absicht, die EU-Erweiterung und das allmähliche Verschwinden dieser kontakthemmen-

den Grenzlinien vorzubereiten. Im Falle der Grenze zwischen Finnland und Russland liegen die Dinge anders. Sie ist noch lange nicht verschwunden, sondern ganz im Gegenteil dafür prädestiniert, auch in Zukunft eine supranationale Bedeutung zu bewahren. Für Ilkka Liikanen wird sie auch *„die Zielscheibe unterschiedlicher Interessen und Einflussnahmen auf supranationaler, nationaler und regionaler Ebene“*. Seiner Meinung nach besteht die hauptsächliche Herausforderung der zukünftigen Politik im Hinblick auf die Außengrenzen im Ausgleich dieser Interessenkonflikte. Brüssel fasst neue Initiativen ins Auge, um bestimmte Probleme in den Griff zu bekommen, zum Beispiel die Unterteilung der ENP-Länder in vier Nachbargruppen: Osteuropa, Südkaukasus, Mittlerer Osten und Nordafrika – vier „Nachbarn“, von denen jeder über seine territoriale Besonderheit, seine individuellen Erwartungen und seine eigenen Vorstellungen von Nachbarschaft hinaus auf seine Weise eine bestimmte Form von Homogenität verkörpert.

Schengen – die anderen Grenzen

Das Schengener Abkommen, das am 15. Juni 1985 von fünf europäischen Staaten (Deutschland, Frankreich, Belgien, Niederlande und Luxemburg) im luxemburgischen Schengen vereinbart wurde, führte zehn Jahre später zu einem Wegfall von Grenzkontrollen. Inzwischen wurde die Vereinbarung von insgesamt 28 Ländern unterschrieben – in der Europäischen Union sind nur Großbritannien und Irland eingeschränkt beteiligt. Island (2001), Norwegen (2001) und die Schweiz (2008) gehören zum Schengen-Raum. Liechtenstein, Monaco, San Marino und die Vatikanstadt (die ohnehin keine Grenzkontrollen mit Italien kennt) sind keine Schengen-Länder. Bulgarien, Rumänien und Zypern haben die Konvention bereits unterzeichnet, aber die Bestimmungen noch nicht ausgeführt. Das Schengen-Visum für Drittländer erlaubt Reisefreiheit bei Kurzaufenthalten in den Mitgliedstaaten. Provisorische Ausnahmen sind vorgesehen, zum Beispiel bei wichtigen Sportereignissen und politischen Gipfeln. Kritisiert wird das Schengener Abkommen wegen der Zunahme von illegaler Einwanderung, die auch die Billiarbeit begünstigt – was das Bundesinnenministerium nicht bestätigt.

Die Gemeinde Schengen an der Mosel befindet sich im Dreiländereck; auf dem anderen Moselufer liegen Perl in Deutschland (Saarland) und Apach in Frankreich (Lothringen).

G.F.